



Inhaltsverzeichnis

NACHRICHTEN	2
Thüringen: Sollte die CDU mit der Linkspartei zusammenarbeiten?	2
Fastenzeit: 45 Prozent verzichten aus religiösen Gründen	3
Burkina Faso: 500.000 Menschen sind auf der Flucht	4
30 Jahre Deutsche Einheit: NVA-Zelt soll ein Zeichen der Hoffnung setzen	5
VON PERSONEN	6
Liebenzeller Mission: Verwaltungsdirektor verabschiedet	6
Christina-Maria Bammel als Pröpstin der EKBO eingeführt	6
Evangelist Friedrich Meisinger wird 80	7
KOMMENTAR	8
Die gefährliche „Nazi-Keule“	8
PRO & KONTRA	9
Sollte die CDU mit der Linkspartei zusammenarbeiten?	9

NACHRICHTEN

**Thüringen: Sollte die CDU mit der Linkspartei zusammenarbeiten?
Ex-Ministerpräsidentin und Bundestagsabgeordneter in einem Pro und Kontra**

Wetzlar (idea) – Thüringen steckt in einer Regierungskrise. Um sie beizulegen, haben „Die Linke“, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die CDU einen Kompromiss vereinbart: Bodo Ramelow (Die Linke) soll gemeinsam zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Außerdem will die Union einer rot-rot-grünen Minderheitsregierung bis zu Neuwahlen am 25. April 2021 projektbezogen zu Mehrheiten verhelfen. Doch das Vorhaben steht im Widerspruch zu einem CDU-Bundesparteitagsbeschluss von 2018, nach dem Koalitionen oder Kooperationen mit der AfD ebenso wie mit der Linkspartei abgelehnt werden. Sollte die CDU mit der Linkspartei zusammenarbeiten? Dazu äußern sich zwei CDU-Politiker aus Thüringen in einem Pro und Kontra für die Evangelische Nachrichtenagentur idea (Wetzlar).

Lieberknecht (Pro): Wir brauchen für eine Übergangszeit handlungsfähige Mehrheiten

Für eine zeitlich begrenzte Kooperation plädiert die frühere thüringische Ministerpräsidentin, die evangelische Theologin Christine Lieberknecht (Ramsla bei Weimar). Sie äußert sich zunächst kritisch zum aktuellen Programm der Linkspartei: „Da ist wie eh und je von Verstaatlichungen und sozialistischen Gesellschaftsmodellen die Rede.“ Außerdem strebe „Die Linke“ „ganz im Sinne der Lehren von Lenin“ ein „antifaschistisches Bündnis“ der Linken mit SPD, Grünen und CDU an. Dennoch könne es einen Wählerwillen geben, der „nur mit einer parlamentarischen Vereinbarung von Linker und CDU zumindest für eine klar definierte Übergangszeit zu handlungsfähigen Mehrheiten im Thüringer Landtag führt“. Zwar könne man lautstark mit dem Unvereinbarkeitsbeschluss aus Berlin die Thüringer Parteifreunde maßregeln, aber eine Lösung könne dort niemand bieten. Lieberknecht erinnert angesichts der Anfechtungen, die mit einem solchen Weg verbunden seien, an eine Aussage Jesu: „Siehe, ich sende euch wie Schafe mitten unter die Wölfe. Darum seid klug wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben“ (Matthäus 10,16).

Selle (Kontra): Bei der Linken fehlt die glaubwürdige Distanzierung von linker Gewalt

Gegen eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei wendet sich der Bundestagsabgeordnete und engagierte evangelische Christ Johannes Selle (Nordhausen). Er zitiert aus dem gültigen Parteiprogramm der Linken von 2011. Darin heißt es, man brauche „ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus ... Wir kämpfen für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet ... Doch erst die Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals ... verwirklicht die sozialistische Perspektive ... Dies haben insbesondere Marx, Engels und Luxemburg gezeigt.“ Nach Ansicht von Selle fehlt bei der Linken „permanent die glaubwürdige Distanzierung von linker Gewalt“. Die soziale Marktwirtschaft sei nach den grundlegenden Papieren der Linkspartei lediglich eine Erscheinungsform des Kapitalismus.

(idea/25.02.2020)

Fastenzeit: 45 Prozent verzichten aus religiösen Gründen

Freikirchler nennen den Glauben am häufigsten als Motiv für das Fasten

Erfurt (idea) – Von den Deutschen, die in der Fastenzeit von Aschermittwoch (26. Februar) bis Ostersonntag (12. April) Verzicht üben, tun dies 45 Prozent aus religiösen Gründen. Das ergab eine Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts INSA-Consulere (Erfurt) im Auftrag der Evangelischen Nachrichtenagentur idea (Wetzlar). In den sieben Wochen rufen Fastenaktionen dazu auf, unter anderem auf Genussmittel wie Alkohol, Süßigkeiten und Tabak oder liebgewordene Gewohnheiten wie das Fernsehen zu verzichten. Insgesamt 11 Prozent der Bürger in Deutschland wollen dem Folge leisten. Von ihnen gaben 54 Prozent an, dies aus gesundheitlichen Gründen zu tun. 15 Prozent der Fastenden haben sowohl gesundheitliche als auch religiöse Motive. Acht Prozent nannten andere Gründe, jeweils sechs Prozent machten keine Angaben oder wussten keine Antwort. Frauen nannten mit 53 Prozent deutlich häufiger religiöse Gründe für den Verzicht als Männer (34 Prozent). Im Vergleich der Altersgruppen spielen die religiösen Motive bei den 18- bis 29-Jährigen nur für 36 Prozent eine Rolle, bei den über 50-Jährigen für 48 Prozent.

Unterschied zwischen Ost und West

Ein deutlicher Unterschied besteht zwischen Ost und West: In den alten Bundesländern verzichten 46 Prozent der Fastenden wegen ihres Glaubens, in den neuen Bundesländern nur 37 Prozent. Bei der Aufschlüsselung nach Konfessionen nennen Freikirchler mit 59 Prozent am häufigsten den Glauben als Motiv für das Fasten. Bei den Katholiken waren es 55 Prozent und bei den landeskirchlichen Protestanten 52 Prozent. In der Gruppe der Konfessionslosen erklärten nur 9 Prozent, aus religiösen Gründen zu fasten. Bei den Anhängern der Parteien nannten SPD-Wähler mit 68 Prozent am häufigsten die Religion als Grund für einen Verzicht, gefolgt von AfD-Parteigängern (57 Prozent) und CDU/CSU-Wählern (55 Prozent). Deutlich seltener fasten Anhänger von FDP (48 Prozent), Bündnis 90/Die Grünen (39 Prozent) und den Linken (29 Prozent) aus religiösen Beweggründen.

(idea/25.02.2020)

Burkina Faso: 500.000 Menschen sind auf der Flucht

DMG interpersonal: Auch ein einheimischer Missionar ist unter den Opfern

Sinsheim (idea) – Das Missions- und Hilfswerk DMG interpersonal (Sinsheim/Nordbaden) hat sich besorgt über die massive Zunahme der Gewalt in Burkina Faso geäußert. Extremistische Gruppen überzogen den Nordosten des westafrikanischen Landes mit Gewalt. Mehr als 500.000 Menschen seien bereits innerhalb des Landes auf der Flucht. Unter den Ermordeten sei auch ein einheimischer Missionar, den der stellvertretende DMG-Direktor, Andrew Howes, und seine Frau Elisabeth gut kannten: Lankoande Babribile. Der etwa 70-Jährige wurde in der Nacht zum 11. Februar 2020 von Extremisten getötet, als diese Sebba, die Hauptstadt der Provinz Yagha im Nordosten des Landes, angriffen.

Ehepaar Howes: Es trifft uns hart

Howes und seine Frau waren Ende der 90er Jahre selbst als Missionare in Sebba tätig. Damals hätten sie sich mit Babribile angefreundet, der dem in Burkina Faso ansässigen Stamm der Gourma angehörte. Als junger Mann sei er in den Norden von Burkina Faso gezogen, um unter dem Volk der Fulani zu arbeiten, so das Ehepaar Howes. Dort habe Babribile Sprache und Kultur der Fulani kennengelernt und sonntags Gottesdienste abgehalten. Er habe auch dann noch im Norden Burkina Fasos gepredigt, als aus Sicherheitsgründen keine ausländischen Mitarbeiter mehr vor Ort geblieben seien: „Es trifft einen hart, wenn Menschen, die wir so gut kennen, für Gottes Reich ihr Leben lassen.“

Ein Land, das nicht zur Ruhe kommt

In dem westafrikanischen Staat kommt es bereits seit mehreren Monaten immer wieder zu brutalen Übergriffen. So waren am 16. Februar bei einem islamistischen Anschlag auf eine Kirche in Pansi, einer Ortschaft in der Region Sahel, mindestens 24 Menschen ums Leben gekommen. An Heiligabend 2019 wurden bei einem Angriff auf ein Militärlager und die Zivilbevölkerung von Aribinda (Provinz Soum) im Nordosten des Landes mindestens 42 Menschen getötet, darunter 35 Zivilisten und sieben Soldaten. Von den rund 19 Millionen Einwohnern Burkina Fasos sind 60 Prozent Muslime und 25 Prozent Christen. Im Weltverfolgungsindex des christlichen Hilfswerks Open Doors (Kelkheim) belegt das Land Platz 28 von 50. DMG interpersonal ruft dazu auf, für die Menschen in dem Land zu beten.

(idea/25.02.2020)

30 Jahre Deutsche Einheit: NVA-Zelt soll ein Zeichen der Hoffnung setzen **Das „Zelt der Begegnung“ erinnert an die DDR und die Friedliche Revolution**

Kassel (idea) – 30 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands will eine überkonfessionelle christliche Initiative mit einer ungewöhnlichen Ausstellung „ein Zeichen der Hoffnung gegen die Ohnmachtsgefühle in unserem Land setzen“: Im Mittelpunkt steht ein Zelt der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR. Es wird als „Zelt der Begegnung“ vom 13. April bis zum 3. Oktober an verschiedenen Orten in ganz Deutschland zum Einsatz kommen. Einer der Initiatoren ist der aus Sachsen stammende frühere stellvertretende Generalsekretär des CVJM-Gesamtverbandes in Deutschland, Albrecht Kaul (Kassel). Nach seinen Worten trägt die interaktive Ausstellung das Motto „30 Jahre Wunder der Freiheit und Einheit“ und ist in drei Bereiche gegliedert. Sie behandeln das Leben in der DDR, das Engagement der Christen und die Friedliche Revolution. Zeitzegen werden vor Ort sein und sich den Fragen der Besucher stellen.

Gottvertrauen in schwierigen Situationen

Wie Kaul weiter erläutert, ist die Friedliche Revolution ein bedeutender Meilenstein in der Geschichte Deutschlands. Doch es gebe inzwischen viele jüngere Menschen, die keine Vorstellung vom Alltag in der DDR und den Folgen der Teilung Deutschlands mehr hätten. Kaul: „Wir glauben, dass Gott durch viele Ereignisse und mutige Menschen ein Wunder in unserem Land geschenkt hat.“ Doch manche Zeitgenossen könnten sich darüber nicht freuen. Sie seien enttäuscht, weil sich das Land anders entwickelt habe, als sie erwartet hätten. Es gehe bei dem Projekt aber nicht nur um das Erinnern, so Kaul: „Wir wollen vermitteln, dass schwierige Situationen durch Engagement, Gottvertrauen und Mut auch heute und morgen bewältigt werden können.“

Erstmals vor Ort beim Willow-Creek-Kongress

In einem größeren Rahmen wird das Projekt erstmals auf dem Leitungskongress von Willow Creek Deutschland vom 27. bis 29. Februar in Karlsruhe im Ausstellungsbereich vorgestellt. Träger der Ausstellung ist die Projektgruppe 3. Oktober des Vereins „Danken.Feiern.Beten“. Für die Ausstellung sucht sie noch ehrenamtliche Mitarbeiter, die das Zelt begleiten. Auch Interessenten, die die Ausstellung in ihrer Stadt zeigen wollen, können sich bei dem Verein melden.

(idea/25.02.2020)

VON PERSONEN

Liebenzeller Mission: Verwaltungsdirektor verabschiedet

Hansgerd Gengenbach war 37 Jahre für das Werk tätig

Bad Liebenzell (idea) – Die Liebenzeller Mission hat am 21. Februar ihren langjährigen Verwaltungsdirektor verabschiedet. Hansgerd Gengenbach stand 37 Jahre im Dienst des Werks. Wie die Liebenzeller Mission mitteilte, hatte der heute 65-Jährige als Assistent des Verwaltungsleiters begonnen und 1992 selbst diese Position übernommen. Er habe im Lauf seiner Tätigkeit mit insgesamt fünf Direktoren zusammengearbeitet: Lienhard Pflaum (1927–2018), Ernst Vatter (1929–2012), Hanspeter Wolfsberger, Detlef Krause und Johannes Luthle. Der gebürtigen Pforzheimer war unter anderem verantwortlich für Rechtsfragen, den laufenden Betrieb, die Infrastruktur sowie die Schwesternschaft. Gengenbach äußerte sich anlässlich seines Abschieds dankbar für „75 Jahre Frieden in Deutschland“. Als Kind habe er noch in den Bombentrümmern aus dem Zweiten Weltkrieg gespielt. Deshalb sei es für ihn „ein großes Geschenk“, dass er selbst nie einen Krieg erleben musste. Gengenbach ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder. Sein Nachfolger, Thomas Haid (47), war bisher Leiter der Kommunikation und wird seine neue Tätigkeit zum 1. März antreten. Die Liebenzeller Mission ist mit rund 230 Mitarbeitern in 23 Ländern eine der größten evangelischen Missionsorganisationen in Deutschland. Sie gehört zur Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen (AEM).

(idea/25.02.2020)

Christina-Maria Bammel als Pröpstin der EKBO eingeführt

Die Theologin ist die Nachfolgerin von Christian Stäblein

Berlin (idea) – Die Pfarrerin Christina-Maria Bammel ist in einem Gottesdienst offiziell als neue Pröpstin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) eingeführt worden. Die Theologin übernimmt damit die Nachfolge von Christian Stäblein, der seit November 2019 Bischof der Landeskirche ist. Bammel hat das Amt bereits im Dezember 2019 angetreten. Bammel ist damit nun zuständig für theologische Grundsatzfragen: Sie ist theologische Leiterin des Konsistoriums (der Kirchenverwaltung) der EKBO und steht an der Spitze der Abteilung „Theologie und Kirchliches Leben“. Zuvor leitete sie seit 2015 das Referat „Kirchliches Leben“, das zu dieser Abteilung gehört. Wie Bammel der evangelischen Wochenzeitung „Die Kirche“ sagte, sollte die Kirche lebensbegleitend stärker präsent sein – etwa, wenn junge Eltern einen Kita- und Schulplatz suchten: „Wir brauchen evangelische Kitas und Schulen.“ Darin lägen auch Chancen für neu entstehende Gemeinden. Die Frage sei zudem, wie Kirche dazu beitragen könne, damit mehr Menschen an den „Wegmarken des Lebens“ – Trauung, Taufe, Konfirmation und Bestattung – gute Begleitung erhalten. Als weitere Punkte nannte Bammel kirchlich-diakonische Partnerschaften sowie die digitale Präsenz der Kirche. Die 46-Jährige wuchs in Ost-Berlin auf, studierte in Marburg, Berlin und Philadelphia (USA) Theologie, Philosophie und Religionswissenschaften und wurde mit einer Arbeit über „Theologische Studien zur Scham“ promoviert. Sechs Jahre arbeitete sie als Pfarrerin in Berlin-Mitte. Bammel ist verheiratet und Mutter von zwei Töchtern.

(idea/25.02.2020)

Evangelist Friedrich Meisinger wird 80

Weiter aktiv als Prediger und in der Therapieeinrichtung „Lebenswende“

Kelsterbach (idea) – Der Pfarrer und Religionspädagoge Friedrich Meisinger (Kelsterbach bei Frankfurt am Main) wird am 3. März 80 Jahre alt. Er war von 1986 bis März 2005 hauptamtlicher Evangelist bei der Deutschen Zeltmission (Freudenberg). Auch im Ruhestand ist er weiter als Evangelist und Prediger tätig. Er halte 35 Predigten pro Jahr, sagte er der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Dabei macht er mitunter ungewöhnliche Erfahrungen. Nach einer Evangelisation im vergangenen Jahr im oberfränkischen Dorf Döbra bei Hof baten ihn die Besucher, „so schnell wie möglich wiederzukommen“. Außerdem engagiert er sich seit der Gründung 1978 für die christliche Therapieeinrichtung „Lebenswende“ in Frankfurt am Main. Seit Mai 2005 ist er dort Vorstandsvorsitzender, seit 2018 auch ehrenamtlicher Geschäftsführer: „Ich bin Gott dankbar, dass er mir die Kraft dazu gibt.“ Zur „Lebenswende“ gehören drei Rehabilitationszentren für Drogenabhängige mit 28 Plätzen in Frankfurt am Main und zehn in Hamburg. Über 1.000 Betroffene haben dort bisher Therapien durchlaufen. 70 Prozent schafften den Ausstieg aus der Sucht. Therapieleiter ist der Theologe Viktor Belalov.

(idea/25.02.2020)

KOMMENTAR

Die gefährliche „Nazi-Keule“

Das „Institut für Theologie und Politik“ aus Münster veranstaltete am Kohlekraftwerk „Datteln IV“ eine Mahnwache unter dem Motto „Dem Rad in die Speichen fallen“. Damit zieht es einen gefährlichen Vergleich, kommentiert idea-Redakteur David Wengenroth.

Die Aktivisten der sogenannten Klimaschutzbewegung schlagen schrille Töne an. Das ist man mittlerweile gewöhnt. Aber die Art und Weise, wie sich das katholische „Institut für Theologie und Politik“ aus Münster jetzt äußert, geht zu weit. Es veranstaltete am 16. Februar vor dem Kohlekraftwerk „Datteln IV“ eine Mahnwache unter dem Motto „Dem Rad in die Speichen fallen“. Damit zitieren die kirchennahen Klimaschützer den evangelischen Theologen und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer (1906–1945). Er sagte 1933 zur Judenverfolgung der Nazis: „Es reicht nicht, die Opfer unter dem Rad zu verbinden. Man muss dem Rad selbst in die Speichen fallen.“

Verharmlosung der unmenschlichen Verbrechen der Nazis

Im Internet erklären Vertreter des Instituts ganz offen, dass sie sich mit ihrem Klimaprotest in der gleichen Lage sehen wie Bonhoeffer damals. Damit verharmlosen sie nicht nur die unmenschlichen Verbrechen der Nazis, sondern sie verunglimpfen alle, die in der Energiepolitik nicht ihrer Meinung sind. Ist man etwa ein Nazi, weil man glaubt, dass Deutschland auf absehbare Zeit nicht auf Kohlestrom verzichten kann? Sicher nicht.

Kein harmloser Ausrutscher

Aber genau diesen Eindruck erweckt das „Institut für Theologie und Politik“ mit dem Bonhoeffer-Zitat. Das ist kein harmloser Ausrutscher. Zur Erinnerung: Bei den linken Studenten von 1968 war die Gleichsetzung der politischen Gegner mit Hitlers Mordschergen ein Treibmittel der Radikalisierung. Am Ende rechtfertigten die Terroristen der „Rote Armee Fraktion“ damit ihre Morde. Wer heute leichtfertig die „Nazi-Keule“ schwingt, riskiert, dass auch die sogenannte Klimaschutzbewegung eines Tages solche blutigen Blüten treibt.

(idea/25.02.2020)

PRO & KONTRA

Sollte die CDU mit der Linkspartei zusammenarbeiten?

Thüringen steckt weiter in einer Regierungskrise. Nach zähem Ringen vereinbarten Linke, SPD, Grüne und CDU einen historischen Kompromiss: Bodo Ramelow (Linke) sollte gemeinsam zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Doch die Bundes-CDU funkte dazwischen. Sollte die CDU mit der Linkspartei zusammenarbeiten?

PRO Stets war auf die antikommunistische „DNA“ der CDU Verlass. Die Liste der Verbrechen der SED-Diktatur ist lang. Und niemand sollte sich Illusionen über das aktuelle Programm der Linken machen. Da ist wie eh und je von Verstaatlichungen und sozialistischen Gesellschaftsmodellen die Rede. Anstelle des über Jahrzehnte währenden antitotalitären Konsenses des Grundgesetzes sucht die Linke nicht erst seit den heftigen Debatten nach den Thüringer Landtagswahlen vom 27. Oktober 2019 die geistigen Koordinaten dieses Konsenses ganz im Sinne der Lehren von Lenin systematisch in Richtung eines antifaschistischen Bündnisses der Linken mit SPD, Bündnis 90/Grüne und CDU zu verschieben.

Und dennoch muss ich konstatieren, dass es einen Wählerwillen geben kann, der, wie gerade intensiv am Beispiel der Zusammensetzung des Thüringer Landtags diskutiert, nur mit einer parlamentarischen Vereinbarung von Linker und CDU zumindest für eine klar definierte Übergangszeit zu handlungsfähigen Mehrheiten im Thüringer Landtag führt. Da kann man lautstark mit dem Unvereinbarkeitsbeschluss aus Berlin die Thüringer Parteifreunde maßregeln. Allein eine Lösung vermag dort niemand zu bieten. Und selbst der Ruf nach Neuwahlen setzt nach den Maßgaben der Thüringer Landesverfassung zunächst eine temporäre Vereinbarung zwischen Linker und CDU voraus. Vielleicht hilft es bei all den Anfechtungen, die mit einem solchen Weg verbunden sind, sich an Jesu Wort zu erinnern: „Siehe, ich sende euch wie Schafe mitten unter die Wölfe. Darum seid klug wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben“ (Matthäus 10,16).

(Die Autorin, Christine Lieberknecht (Ramsla bei Weimar, CDU), war von 2009 bis 2014 Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen. Sie war von 1984 bis 1990 Pastorin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen.)

KONTRA Die Linke hat freundliche Mitglieder, mit denen ich konstruktiv auf kommunaler Ebene zusammenarbeite. Ab Landesebene aber wird das politische Programm wichtig. „(Die Menschen) suchen, wie in Lateinamerika, nach neuen Wegen für eine nichtkapitalistische Entwicklung und fordern nicht nur unsere Solidarität, sondern auch unsere Lernbereitschaft“, heißt es im Parteiprogramm 2011. Ist Marx noch gültig? Wir brauchen eine klare Distanzierung von seiner „notwendigen Diktatur des Proletariates“.

Aus dem Parteitagsbeschluss der Linken 2018: „Wir kämpfen ... gegen die Lüge, dass es keine Alternativen gibt, und gegen Antikommunismus ... Wir kämpfen gegen die kapitalistische Politik ... Deshalb nehmen wir den Kampf um neue, fortschrittliche und linke gesellschaftliche Mehrheiten auf ... 200 Jahre nach Marx' Geburt erinnern wir daran ..., brauchen wir einen grundlegenden Richtungswechsel ..., der die Eigentumsfrage in den Fokus rückt.“

Ihr gültiges Parteiprogramm von 2011: „... brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus ... Wir kämpfen für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet ... Doch erst die Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals ... verwirklicht die sozialistische Perspektive ... Dies haben insbesondere Marx, Engels und Luxemburg gezeigt.“

Es fehlt bei der Linken permanent die glaubwürdige Distanzierung von linker Gewalt. Die soziale Marktwirtschaft ist nach den grundlegenden Papieren der Linken lediglich eine Erscheinungsform des Kapitalismus.

(Der Autor, Johannes Selle (Sondershausen/Thüringen, CDU), ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, dem der engagierte evangelische Christ bereits von 1994 bis 1998 angehörte.)

(idea/25.02.2020)